



Bericht auf Seite 14 · Bild: Fly & Help

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Nachfrage von Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl:

Können sich die Kommunen auf die Staatsregierung verlassen?

Bayerischer Gemeindetag formuliert hohe Erwartungen der bayerischen Kommunen

Die Erwartungen der bayerischen Gemeinden, Märkte und Städte an die neue Bayerische Staatsregierung erläuterte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl, der gleichzeitig Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB) ist, bei einem Pressegespräch in München.

„Bayerns Gemeinden und Städte sind sehr gespannt, wie kommunalfreundlich die neue Staatsregierung sein wird. Mit der Abschaffung der Möglichkeit, Straßenausbaubeiträge für dringend erforderliche Sanierungen von Gemeindestraßen zu erheben, haben sich die beiden Koalitionsparteien nicht viele Freunde bei den Kommunen gemacht. Das von den Freien Wählern angezettelte Volksbegehren zeitigt bis heute seine negative Wirkung. Und die laufenden Gespräche über einen gerechten Ausgleich der weggefallenen Einnahmen deuten auch nicht gerade auf eine erfreuliche Lösung hin. Jeder weiß, dass Städte und Gemeinden Straßen, Kindergärten, Schulen, soziale Einrichtungen und kulturelle Stätten finanzieren müs-

sen. Es ist nicht fair, wenn man ihnen bewährte Einnahmequellen versagt und sie immer mehr ans Gängelband des Staates zwingt“, sagte Brandl.

Kritik an Zuschuss zu Kindergartengebühren

Kritik übte der Gemeindetagschef auch am jüngsten Kabinettsbeschluss, dass der Staat pauschal 100 Euro für Eltern von Kindergartenkindern übernimmt. „Finanziell schwach gestellte Eltern zahlen zumeist ohnehin keine Kindergartengebühren. Finanziell gut gestellte Eltern brauchen keine Entlastung. Das Geld wäre sinnvollerweise in die Verbesserung der Qualität der Kindergärten gesteckt worden. Da hätten alle was davon.“ „Erleben wir möglicherwei-

se einen grundsätzlichen Systemwechsel bei der Finanzierung der Kommunen?“ fragte Brandl. „Wird das Prinzip, dass derjenige, der einen Sondervorteil aufgrund kommunaler Maßnahmen gewinnt, diesen auch zu bezahlen hat, durch eine allgemeine Steuerfinanzierung ersetzt? Wäre das wirklich gerecht?“

Für Erhalt der Grundsteuer

Brandl appellierte an die neue Staatsregierung, sich auf Bundesebene nachdrücklich für den Erhalt der Grundsteuer für die Gemeinden und Städte einzusetzen. „Die Grundsteuer ist eine der wichtigsten Quellen gemeindlicher Einnahmen. Sollte bis zum Ablauf der vom Bundesverfassungsgericht gesetzten Frist keine tragfähige Lösung entwickelt worden sein, entfällt sie ersatzlos. Soweit darf es

PERSPEKTIVWECHSEL

Advent heißt Warten
Nein, die Wahrheit ist
Dass der Advent nur laut und schrill ist
Ich glaube nicht
Dass ich in diesen Wochen zur Ruhe kommen kann
Dass ich den Weg nach innen finde
Dass ich mich ausrichten kann auf das, was kommt
Es ist doch so
Dass die Zeit rast
Ich weigere mich zu glauben
Dass etwas Größeres in meine Welt hineinscheint
Dass ich mit anderen Augen sehen kann
Es ist doch ganz klar
Dass Gott fehlt
Ich kann unmöglich glauben
Nichts wird sich verändern
Es wäre gelogen, würde ich sagen:
Gott kommt auf die Erde!

und nun lesen Sie den Text
bitte von unten nach oben

Iris Macke

Bild: Michael von Hassel · Apex · Bayrischzell · 2018

Liebe Leserinnen und Leser!

Zu Weihnachten wünschen wir besinnliche, frohe Festtage und für das neue Jahr Gesundheit und Lebensfreude, Zuvericht, Erfolg und Mut sowie „sehen mit anderen Augen“ und „Größeres, das in die Welt scheint“, damit stets eine gute Perspektive auf die wirklich wichtigen Dinge des Lebens möglich ist.

Ihre Redaktion und Geschäftsleitung der Bayerischen GemeindeZeitung

nicht kommen. Die Staatsregierung muss sich für ein einfaches, transparentes und wenig bürokratisches Modell einsetzen.“

Gemeinden wollen Partner sein bei der Energiewende

Zum jüngsten Energiegipfel der Bayerischen Staatsregierung bemerkte er: „Es besteht die Gefahr, dass das Rad

neu erfunden werden soll und wir deshalb bei diesem wichtigen Themenfeld nicht mit der nötigen Geschwindigkeit vorankommen. Wir dürfen Nachteile für den Wirtschaftsstandort und damit für Arbeitsplätze und Menschen nicht zulassen. Sowohl bei den Stromtrassen als auch bei der 10H-Regelung seien schmerzhaft verhandelte Kompromisse geschlossen wor-

den. „Wenn hier das Paket neu aufgeschnürt wird, werden wir weder Ziele erreichen noch das erforderliche Vertrauen der beteiligten Akteure – also von Bürgern und Investoren gewinnen“, fürchtet der Präsident. Die Gemeinden erwarten, als Partner der Energiewende wahrgenommen zu werden. Die weiteren Rahmenbedingungen sollen mit ihnen zusammen mit entwickelt werden.

Lokale Lösungen bevorzugt

Die Vertreter des Gemeindetags begrüßen Bemühungen um lokale Lösungen zur Vermeidung weiterer künftiger Trassen; eine Zerschlagung vorhandener Netze gelte es jedoch unbedingt zu vermeiden.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von *Sabrina*

Afrika braucht Partner und Paten. Deshalb wird auch das Städtchen das Projekt der kommunalen Spitzenverbände „1.000 Schulen für die Welt“ unterstützen. Die GZ-Redaktion ist gespannt, ob der Bürgermeister ähnliche Erfolge wie der Landkreis Donau-Ries erreicht. S. 15

Digital-Gipfel 2018 in Nürnberg:

Künstliche Intelligenz im Fokus

„Künstliche Intelligenz – ein Schlüssel für Wachstum und Wohlstand“ lautete das Motto des Digital-Gipfels 2018 in Nürnberg. Mitglieder des Gipfel-Netzwerks diskutierten vor rund 1.100 hochrangigen Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Gesellschaft die Umsetzung der KI-Strategie der Bundesregierung, wichtige Anwendungsbereiche für KI in Produktion, Mobilität und Medizin, Fragen der Datenethik und darüber, wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas in der Digitalisierung sichergestellt werden kann.

Wie Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier in seiner Begrüßung feststellte, „können wir mit der Querschnittstechnologie KI unser Leben massiv verbessern, sei es bei der Früherkennung von Krankheiten, der Unterstützung bei der Pflege oder beim autonomen Fahren. Mit ‚KI made in Germany‘ achten wir darauf, dass nicht die Maschinen, sondern die Menschen die Richtung vorgeben

und schaffen neue Arbeitsplätze und Wohlstand.“

Durch KI sind Altmaier zufolge allein im produzierenden Gewerbe rund 32 Milliarden Euro an zusätzlicher Wertschöpfung in den nächsten fünf Jahren möglich. Insgesamt sind seit 2010 fast 250.000 neue Arbeitsplätze in der IKT-Branche entstanden. Der Wettbewerb um Köpfe, Kapital und Daten sei in vollem Gang.

Führender KI-Standort

„Deshalb wollen wir Deutschland zu einem führenden Standort bei KI machen und stellen auch mit unserer KI-Strategie bis 2025 rund drei Milliarden Euro zur Verfügung, um die Entwicklung anzuschieben. Mit unseren deutschlandweiten Mittelstandskompetenzzentren beraten wir rund 1.000 Unternehmen pro Jahr künftig stärker auch dazu, wie KI konkret eingesetzt werden kann. Mit einer KI-Landkarte mit Best-Practices-Beispielen zeigen wir, wie es geht“, erläuterte der Minister.

Er wies darauf hin, „dass wir im engen Schulterschluss mit (Fortsetzung auf Seite 4)

In seiner ersten Regierungserklärung „Bayern ist es wert“ in der aktuellen Legislaturperiode erhob Ministerpräsident Markus Söder den Anspruch an seine neue Regierung „gut zu regieren.“ Ziel der Regierungsarbeit sei es, Bayern als ein besonderes Land zu erhalten. „Ein stabiles, leistungsfähiges, ein liebenswertes und eines mit hoher Lebensqualität“, wie der Ministerpräsident formulierte. Die Oppositionsfraktionen äußerten hingegen teils scharfe Kritik an der neuen Regierung.

Im Mittelpunkt der Regierungsarbeit soll nach Söders Worten die Sacharbeit stehen. Die Oppositionsfraktionen rief der Ministerpräsident dazu auf, trotz unterschiedlicher politischer Standpunkte, gemeinsam und konstruktiv für Bayern zu arbeiten und kündigte eine „Politik des Miteinanders und des Zusammenhaltes“ an. Die neue Koalition aus CSU und FREIE WÄHLER steht nach Söders Vorstellung für „eine Politik der Bürgernähe, eine Politik des Mitein-

anders und des Zusammenhalts, und für eine Politik der Zuversicht und des Optimismus.“

Die neue Regierung investiere „jährlich eine Familien-Milliarde“. Oberstes Prinzip sei es, Familien zu helfen ohne sie zu bevormunden. Deswegen habe man ein Familiengeld in Höhe von 6.000 Euro für Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr eingeführt, damit jede Familie die Möglichkeit habe, die Erziehung nach eigenen Maßgaben zu gestalten. Kindergartenplätze werden weitgehend kostenfrei. Ab 2020 stelle der Freistaat 100 Euro monatlich pro Kind für die Krippen- und Tagesbetreuung zur Verfügung. Bis 2023 sollen zudem 42.000 neue Betreuungsplätze geschaffen werden. Eine der Vorgaben bei diesen und allen anderen Maßnahmen: Es soll keine Unterschiede mehr zwischen ländlichem Raum und Ballungsraum geben.

Dauerthema: Bezahlbares Wohnen

Auch das Dauerthema bezahlbarer Wohnraum spielte eine große Rolle. Ministerpräsident Söder nannte als Ziel 500.000 neue Wohnungen in Bayern bis 2025. Mit einer Milliarde Euro pro Jahr solle der soziale Wohnungsbau gefördert werden, außerdem ein Wohnungspakt mit den Kommunen geschlossen werden, um Planungsverfahren



Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Im Hintergrund Landtagspräsidentin Ilse Aigner.

Bild: Rolf Poss; Archiv Bayerischer Landtag

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Bedarfsgerechter Wohnungsbau im ländlichen Raum

Münchner Fachkolloquium von Bayerischer Akademie Ländlicher Raum, Bayerischem Bauindustrieverband und Bayerischem Gemeindetag

Bedarfsgerechter und nachhaltiger Wohnungsbau im ländlichen Raum: Unter diesem Motto stand die diesjährige Kooperations-tagung von Bayerischer Akademie Ländlicher Raum, Bayerischem Bauindustrieverband und Bayerischem Gemeindetag in München. Dabei trafen Juristen auf Architekten, Stadtplaner auf Kommunal-politiker und Bauunternehmer auf die Wissenschaft.

Nachdem Prof. Holger Magel, Präsident der Bayerischen Akade-mie Ländlicher Raum, eingangs da-rauf verwiesen hatte, wie wichtig eine gedeihliche Zusammenarbeit bei Querschnittsthemen wie der Wohnraumfrage ist, hob Thomas Schmidt, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverban-des hervor, dass gerade öffentliche Bauherrn mit Blick auf die Themen der Baukultur, der Nachhaltigkeit, der Ökologie und der Bedarfsana-lyse noch Luft nach oben hätten. Hier bestehe gemeinsamer Hand-lungsbedarf.

Dr. Franz Dirnberger, Geschäfts-führer des Bayerischen Gemein-detags stellte heraus, dass sowohl der Koalitionsvertrag des Bundes als auch der aktuelle Koalitions-vertrag des Landes Bayern gera-de auch die Städte und Gemeinden in den Fokus nehmen, wenn es um die Schaffung ausreichenden und günstigen Wohnraums gehe.

Dies könne allerdings nur ei-ne Seite der Medaille sein: Wer von den Kommunen fordert, sich mit Innenentwicklung, sozi-algerechter Bodennutzung und beschleunigter Ausweisung von Wohnraum zu beschäftigen, könne nicht gleichzeitig Verfahrensvorga-ben verkomplizieren und sich im Koalitionsvertrag des Bundes da-für aussprechen, dass im Rahmen eines nachhaltigeren und sozial-gerechteren Bauplanungsrechts Eigentümerrechte Privater nicht angetastet werden dürfen. Dies gehe nach einem Blick in Artikel 14 Abs. 2 des Grundgesetzes bereits denklogisch nicht zusammen.

Als erste Hürde bezeichnete Dirnberger die Schaffung von Bau-land, da es schwierig sei, Men-schen zu finden, die ihre Flächen

zur Verfügung stellen wollen. Um die Flächenverfügbarkeit für Ge-meinden zu verbessern, benötigen die gegenwärtig nicht verkaufsbereiten Grundstückseigentümer aus Sicht des Bayerischen Gemeinde-tags dringend steuerliche Anreize. So müsse Landwirten die Mög-lichkeit eröffnet werden, die durch den Verkauf erfolgte Betriebsver-mögensentnahme längerfristiger und vielgestaltiger zu reinvestie-ren. Dieser Vorschlag stoße freilich bei Bundesfinanzminister Scholz auf taube Ohren.

Schwierige Bauleitplanung

Zweite Hürde: „Das Baurecht muss geschaffen werden. Die Bau-leitplanung ist rechtlich schwieri-ger geworden“, so der Geschäftsführer. Hier habe der Bayerische Gemeindetag allerdings einen wichtigen Erfolg erzielt. Nunmehr können Flächen am Ortsrand leicht-er bebaut werden.

Eine neue Vorschrift im Bauge-setzbuch, die maßgeblich auf Drän-gen des Verbandes geschaffen wurde, eröffne Städten und Ge-meinden nunmehr ein vereinfach-tes, beschleunigtes Verfahren zur Überplanung von Flächen am Orts-rand für den Wohnungsbau vor-alem dadurch, dass das Erforder-nis einer Umweltprüfung entfällt, die Eingriffsregelung (Ausgleichs-flächenbedarf) ausgesetzt ist, die frühzeitige Träger- und Öffentlich-keitsbeteiligung entfällt und der Bebauungsplan nicht aus dem Flä-chenutzungsplan heraus ent-wickelt werden muss.

Einziges Wermutstropfen: Das Verfahren zur Aufstellung eines entsprechenden Bebauungsplans kann nur bis zum 31. Dezember

2019 förmlich eingeleitet werden. „Wir hoffen, dass diese Befristung aufgehoben wird“, hob Dirnberger hervor. Bei der Eingriffsregelung als „heiliger Kuh der Bauleitplan-ung“ wünsche sich der Bayerische Gemeindetag, „dass man bei der Frage des Ausgleichs ein bisschen wegkommt von der Währung der Fläche hin zur Einbeziehung von Nachhaltigkeitsstrategien, die über die bloße Aufwertung von Natur und Landschaft hinausgehen“. An dieser Stelle dürften keine Denk-verbote postuliert werden.

Dritte Hürde: Die Umsetzung des Baurechts. Der Geschäftsführer zeigte sich dankbar dafür, dass der Freistaat das Drei-Säulen-Pro-gramm für mehr Wohnungsbau aufgelegt hat und insbesondere Säule 2 schuf, in der die Kommu-ne bei der Errichtung von Wohn-gebäuden unmittelbar gefördert wird. Die Förderung setzt sich aus einem Zuschuss in Höhe von 30 Prozent der förderfähigen Kosten sowie aus einem zinsverbilligten Darlehen zusammen.

Dirnberger zufolge wird das Pro-gramm in der Praxis gut nachge-fragt. Gleichwohl habe es einige Anlaufprobleme gegeben. So kä-men gemeindliche Wohnungsbau-gesellschaften nicht in den Genuss dieser Förderung, weil dies ge-gen das EU-Beihilferecht verstoße. Auch kleinere und mittlere Kom-munen hätten noch nie im großen Stil Wohnungsbau betrieben. „Wie nun sollen sie plötzlich zum Woh-nungsbauherren werden?“, fragte Dirnberger das Auditorium.

Fokus auf tatsächlichen Wohnraumbedarf richten

Nicht zuletzt mit Blick auf den überdurchschnittlich hohen Pro-Kopf-Flächenverbrauch im ländli-chen Raum ist es aus Sicht von Prof. Manfred Miosga (Universität Bay-reuth) mehr denn je notwendig, dass sich planende Städte und Ge-meinden konkret mit den tatsäch-

lichen Wohnraumbedarfen ausein-andersetzen und diese anhand von Daten, Fakten und Analysen ermit-teln und bewerten.

Das klassische Einfamilienhaus auf der grünen Wiese sei nach Al-lem, was die sozialwissenschaftli-che Analyse in den vergangenen Jahren zu Tage gefördert hat, deut-lich seltener das Wohnmodell, das die Menschen im ländlichen Raum brauchen, als gemeinhin angenom-men wird.

Miosga wies hierbei nach, dass gesellschaftliche Muster, politi-sche Rahmenvorgaben und die In-teressen verschiedener Stakehol-der am Markt das Einfamilienhaus als den Archetyp des Wohnens im ländlichen Raum zementiert ha-ben, obgleich dieser Wohntyp nicht als bedarfsgerecht, zukunfts-gerecht, anpassungsfähig, ökolo-gisch und damit nachhaltig ange-sehen werden könne.

Renaissance des Wohnungsbaus

Städte und Gemeinden müs-sen sich demnach viel entschie-dener mit den heterogenen Be-dürfnissen der Bevölkerung ausein-andersetzen und hierbei die zur Verfügung stehenden Instrumen-te (siehe ISEK) stärker zum Einsatz bringen. Insgesamt gelte es, neue Wege im Mietwohnungsbau zu be-schreiten und eine Renaissance des kommunalen und genossenschaft-lichen Wohnungsbaus herbeizu-führen. Zudem sei die Bereitstel-lung von neuem Wohnbauland auf bisher weniger berücksichtigte Be-darfsgruppen zu konzentrieren.

Dr. Helmut Bröll, Ideengeber und Organisator der Tagung, machte deutlich, dass Innenent-wicklung mit Blick auf die zahlrei-chen damit verbundenen Rechts-fragen nicht banal ist. „Das Planen auf der grünen Wiese ist freilich einfacher“, betonte Bröll. Gera-de deswegen sei der Gesetzge-ber aufgefordert, Städten und Ge-meinden die benötigten Instru-mente an die Hand zu geben.

Anhand unterschiedlich gelager-ter Projekte erläuterte der Archi-tekt und Stadtheimatpfleger Bern-

hard Landbrecht, wie bedarfsge-rechter Wohnraum im ländlichen Raum aussehen kann.

In Bobingen konnte beispielswei-se gezeigt werden, wie Gemein-den Siedlungen der 1950er, 60er und 70er Jahre fortentwickeln kön-nen, ohne hierbei Einbußen bei der städtebaulichen Qualität hinneh-men zu müssen. Tittmoning wie-derum ist ein Beispiel dafür, dass sich Gemeinden anstatt mit Ein-familienhausgebieten mit an-passungsfähigen „Mehrgenera-tionen-Familienhausgebieten“ befassen sollten.

Nach Darstellung von Dr. Ger-

hard Spieß, Rechtsanwalt aus München, ist eines klar: „Die besten Steuerungsmöglichkeiten für Baukultur, Heterogenität und Sozialgerechtigkeit hat die Ge-meinde, wenn sie selbst Grund-stückseigentümer ist.“ Denn dann könne sie im Rahmen einer Kon-zeptvergabe konkrete Vorgaben machen, wie das Projekt konfi-guriert sein soll. Bei der Über-planung der grünen Wiese des Privaten seien dieser Steuerung durch § 11 Abs. 2 des Baugesetz-buchs und das Verbot der planer-setzenden Verträge deutlichere Grenzen gesetzt.

DK

„Die Schulen haben bei mir Vorfahrt“

Der Landkreis Bamberg begann mit der Erweiterung der Realschule Hirschaid

Mit dem Spatenstich im Oktober fiel der Startschuss für die Erweiterung der Staatlichen Realschule Hirschaid. Nachdem erst im Jahr 2009 die letzte Erweiterung abgeschlossen werden konnte (Kostenaufwand 8,5 Mio. Euro), erfordern die weiter steigen-

den Schülerzahlen nun eine erneute Baumaßnahme.

„Die Menschen leben gerne in unserem Landkreis und die zu-nehmende Bevölkerungszahl be-stätigt unser erfolgreiches Bemü-hen, die Attraktivität noch wei-ter zu steigern“, so Landrat Jo-hann Kalb. „Dazu werden wir auch künftig große Anstrengungen un-ternehmen, wobei für mich die Schulen Vorfahrt haben, wenn es gilt, in die Zukunft zu investieren“.

Die Bauzeit geht voraussicht-lich bis Ende 2020. Die Gesamt-kosten für die Errichtung der not-wendigen Erweiterungsbauten belaufen sich auf rund 13,2 Mio. Euro. Landrat Johann Kalb zeigte sich erfreut: „Die Investitionen in die Bildung werden sich auszah-len, denn unser Kapital, das Wis-sen, ist der wichtigste Wachstum-streiber“.

Mit dem Bau des Erweiterungs-gebäudes entstehen 31 Klassen-zimmer, fünf Ausweichräume und drei zusätzliche Fach- und Übungsräume (Musiksaal, Wer-kraum mit Nebenraum, Biologie-

übungsraum), drei Aufenthalts-räume für die Ganztagschule und eine Versorgungsküche. Darüber hinaus erhält die Real-schule Hirschaid eine neue Zwei-fachsporthalle und der beste-hende Schulhof wird deutlich vergrößert. Während der anste-henden Baumaßnahmen werden die Schülerinnen und Schüler in Container-Klassenzimmern unter-gebracht sein.

Der Landkreis Bamberg hat in den letzten Jahren mit Investiti-onen von mehr als 53,3 Mio. Euro in den Realschulen Ebrach, Hirschaid und Scheßlitz ein klares Zeichen für die Bedeutung der Bil-dung auch als wichtiger Standort-faktor gesetzt. „Mit der nun lau-fenden Maßnahme in Hirschaid und den auch im Bereich der Gym-nasien anstehenden Großprojek-ten werden wir auch in den kom-menden Jahren viel Geld für unse-re Zukunft, für die Bildung unserer Kinder in die Hand nehmen“, stellt Landrat Johann Kalb fest.

□

Neues und Handfestes aus der Welt der Marketingberatung:

„Wie ich lernte, meinen Berater zu lieben“

Das Sachbuch „Wie ich lernte, meinen Berater zu lieben“ von Nils-Peter Hey bietet wertvolle Informationen, pragmatische Tipps und interessantes Hintergrundwissen für eine erfolgreiche und gewinnbringende Zusammenarbeit von Unternehmen und Marketingberatern. Es ist in der Edition Samamar, einem Imprint des Richard Pflaum Verlag erschienen und ab sofort im Handel oder unter buecher.pflaum.de erhältlich.

Jeder Unternehmer macht im Laufe seines Berufslebens Erfah-rungen mit einem Berater oder Dienstleister im Marketingbereich. Eine professionelle Werbung, Öff-entlichkeitsarbeit, PR, Media so-wie Content- oder Online-Mark-eting sind entscheidende Faktoren für den unternehmerischen Erfolg. Hinzu kommt, dass digitalisierte und globalisierte Märkte den Be-darf an professioneller Marke-tingberatung in den letzten Jah-ren entscheidend verändert ha-ben. Eine externe Unterstützung von Marketing-Experten ist heute gefragt denn je. Doch die Zusam-menarbeit birgt allerlei Risiken, kann leicht aus dem Ruder laufen oder sogar vor Gericht enden.

Der Autor Nils-Peter Hey rich-tet sich in seinem neuen Buch „Wie ich lernte, meinen Berater zu lieben“ an alle Unternehmer, die sich auf die Herausforderun-gen von Marketingprojekten und die Zusammenarbeit mit Beratern, Dienstleistern und Agenturen bes-ser vorbereiten möchten. Er zeigt schonungslos auf, an welchen ty-pischen neuralgischen Punkten die Zusammenarbeit scheitern und

wie dies vermieden werden kann. „Mit diesem Buch gebe ich mei-ne 20-jährige Beratungserfahrung ungefiltert an den Leser weiter. Das Wissen aus diesem Buch spart noch vor dem ersten Auftrag viel Zeit und Geld. Es wird dem Leser helfen, schneller und besser zum Marketingerfolg zu gelangen“, so der Autor.

Einblicke in vielschichtige Beziehungen

In neun großen Kapiteln bietet das Fachbuch umfangreiche Ein-blicke in die vielschichtigen Bezie-hungen zwischen Unternehmer und Marketingberater:

- Einleitung ins Thema / Bevor es losgeht
- Gut beraten: Eine Herausfor-derung auf allen Ebenen
- Idealbedingungen: Was Bera-ter und Mandanten für erfolg-reiche Projekte mitbringen sol-len
- Entscheidungshilfen zur Bera-terwahl
- Der Beratungsprozess: Struk-turiert und zielorientiert zum Marketingziel

- Der Kreativprozess: Entstehung und Bewertung von Krea-tivleistungen
- Werkzeugkasten zur Streit-vermeidung
- Typische Marketing-Sprüche und ihre wahre Bedeutung
- Zusammenfassung

Zum Autor

Nils-Peter Hey ist Inhaber der kreativen Unternehmensberatung „Fischfell“ und öffentlich bestell-ter und vereidigter Sachverständi-ger für Marketing und Wirtschafts-kommunikation. Zusammen mit seiner Frau Agnes führt er ein Fa-milienunternehmen, den 1919 ge-gründeten „Richard Pflaum Ver-lag“, und ist Partner der Vertriebs-beratung „Hörer und Flamme“. Darüber hinaus sitzt er dem Auf-sichtsrat der „BAW Bayerische Akademie für Wirtschaftskom-munikation e. G.“ vor und ist Prä-sident des „Sachverständigenrat Marketing e. V. (SARAMAR)“. Sein praktisches Managerwissen gibt er regelmäßig auch in Seminaren und Vorträgen weiter. Nils-Peter Hey gehört zu den TOP 100-Speakern von „Speakers Excellence“, Euro-pas führender Redneragentur.

Preis des Buches: 49,75 D, 51,20 AT, 54,75 CH; 304 Sei-ten, 12 Illustrationen, zahlreiche Abbildungen, Hardcover mit Ein-merkbändchen. ISBN 978-3-7905-1070-6. □

TV BAYERN

LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de



Der Dialog zwischen Helfern und Hilfeempfängern ist wichtig für eine erfolgreiche Entwicklungshilfe. Das ist das Ergebnis eines Gesprächs mit Franz Bieringer, Hannes Schmidt, KLB-Geschäftsführerin Susanna Kungel, Vertreter aus dem Senegal Alex Tendeng, KLB-Diözesanvorsitzende Franziska Rausch-ecker, Stellvertreter des Landrats Raimund Kneidinger, Landvolkpfarrer Alois Reiter und Anna Reitberger (v.l.).

Erfolgreiche Entwicklungshilfe nur im Dialog

Stellvertreter des Landrats Raimund Kneidinger empfängt Vermittler aus dem Senegal

Passau. Die Entwicklungshilfe für strukturschwache Länder ist ein Teil des Nachhaltigkeitskonzepts im Landkreis Passau. Mit einem Großprojekt konnte die Katholische Landvolkbewegung (KLB) in der Diözese Passau rund 10.000 Moringa-Bäume im Senegal pflanzen.

Damit soll die Ausbreitung der Wüste Sahara in den Lebensraum der dortigen Bevölkerung eingedämmt werden. Der Landkreis Passau leistet im Rahmen seines eigenen Nachhaltigkeitskonzepts im Senegal Entwicklungshilfe.

Bleibeperspektiven in der eigenen Heimat

Letztlich geht es darum, den Menschen im Senegal für die Zukunft Bleibeperspektiven in der eigenen Heimat zu ermöglichen. Raimund Kneidinger, Stellver-

treter von Landrat Franz Meyer, empfing deshalb den KLB-Diözesanvorstand und Alex Tendeng als Vertreter aus dem Senegal im Passauer Landratsamt.

Vorreiterrolle

Der Landkreis Passau ist der erste Landkreis in Bayern mit einer Strategie zur Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen.

Damit nimmt der Landkreis Passau einmal mehr eine Vorreiterrolle im Freistaat ein. Wichtigstes Ergebnis des Ar-

beitsgesprächs: Eine erfolgreiche Entwicklungshilfe kann nur im Dialog zwischen Deutschland und dem Senegal gelingen. Keinesfalls dürfe der dortigen Bevölkerung etwas „aufgezwungen“ werden.

Hilfe zur Selbsthilfe ist der Schlüssel zum Erfolg

Die Hilfeempfänger müssen sensibilisiert werden für den Nutzen der Hilfe aus Europa. Eine rein materielle Lösung sei wenig sinnvoll. Hilfe zur Selbsthilfe ist der Schlüssel zum Erfolg. „Deshalb muss zualtererster der Bildungsauftrag wichtigstes Ziel sein“, so Raimund Kneidinger. Nur so könne man in Zukunft erfolgreiche Hilfe leisten.

Wieder eine Schule für Afrika

Die Mitarbeiter des Landratsamtes Donau-Ries haben Schule in Namibia finanziert

„Dass wir die Finanzierung unserer Schule innerhalb eines Jahres schaffen, daran haben nicht einmal die größten Optimisten geglaubt“, freute sich Karl-Heinz Köster, Koordinator der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit des Landkreises Donau-Ries. Anlässlich der Weihnachtsfeier des Landratsamtes, ließ Köster die Spendensammlung der Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter Revue passieren.

Donauwörth. Über 39.200 Euro konnten die Kolleginnen und Kollegen des Landratsamtes in Donauwörth in nur einem Jahr für ihr Schulbauprojekt in Namibia sammeln.

Arbeiten für die Menschen in der Region

Im Rahmen der Weihnachtsfeier in der Schmutterhalle in Asbach-Bäumenheim bedankte sich Behördenleiter Landrat Stefan Rößle für das außergewöhnliche Engagement seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und wies in der vorweihnachtlichen Zeit besonders auf den

Sinn ihres Handelns hin: „Alles was wir hier tun, Ihre tägliche Arbeit, ist sinnvoll für die Menschen in unserer Region. Und auch das Schulbauprojekt in Afrika macht großen Sinn. Ich bin begeistert vom Zusammenhalt und den vielen kreativen Aktionen, die dieses tolle Projekt möglich gemacht haben.“

Eine Investition in Bildung ist immer gut angelegt

Auch der Koordinator der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, Karl-Heinz Köster, lobte die Leistung seiner Kolleginnen und Kollegen und be-

tonte dabei aus langjähriger Erfahrung: „Eine Investition in die Bildung ist immer gut angelegt.“

Zahlreiche Aktionen

Die Spendensumme kam durch zahlreiche Aktionen, wie beispielsweise ein Schachturnier, Adventstreffs mit Kuchenverkauf oder einen Familientag samt Benefiz-Fußballspiel zusammen, dessen freiwillig gespendete Einnahmen nun zum Bau einer Schule in Otjijandjaasemo in Namibia verwendet wurden. „Wir haben damit etwas einmaliges erreicht. Wir sind das einzige Landratsamt in Deutschland, das eine eigene Schule gebaut hat“, zeigte sich Köster begeistert.

Die Schule steht schon

Die Schule in Namibia ist bereits errichtet, die offizielle Einweihung folgt im Jahr 2019.

Auch Reiner Meutsch, Gründer der Stiftung Fly & Help und mit der Abwicklung des Schulbaus in Namibia betraut, bedankte sich per Videobotschaft bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes Donau-Ries: „Ihr habt großes Herz bewiesen! Vielen Dank für euer großartiges Engagement.“

Bayerische GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 52 vom 01.01.2018

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse

GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Brücken bauen in frühe Bildung

Kinderkrippe, Kindergarten, Kindertagesstätte, Kinderhort oder Tagesmütter? Viele Eltern sind sich aufgrund der Vielfalt der Angebote nicht sicher, welches das richtige für ihr Kind ist. Für Familien mit Flucht- oder Migrationshintergrund sind die Hürden für den Einstieg in die institutionelle Kinderbetreuung noch höher.

Aus diesem Grund nimmt die Stadt Würzburg am Bundesprogramm „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend teil. Ziel ist, Chancengleichheit auf Bildung, Teilhabe und Integration für alle Kinder zu schaffen – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, kultureller und ethnischer Zugehörigkeit sowie sozialem Status der Familie. Zunächst müssen niedrigschwellige Beratungs- und Betreuungsangebote etabliert werden, die den Einstieg für diese Familien erleichtern. Von 2017 bis 2020 werden dafür eine Koordinierungs- und Netzwerkstelle sowie zwei zusätzliche Fachkraftstellen für den Kita-Einstieg geschaffen.

Wie funktioniert das Programm?

Durch stete Vernetzung mit unterschiedlichenKooperationspartnern, regelmäßigem Austausch mit den Kindertageseinrichtungen sowie Teilnahme an verschiedenen Arbeitskreisen ermittelt die Koordinatorin des Bundesprogramms stetig den Bedarf vor Ort und entwickelt zusammen mit den Fachkräften passgenaue Projekte, die insbesondere Familien erreichen sollen, die bisher nur unzureichend Zugang zur Kindertagesbetreuung erhalten haben. Dies sind u.a. Familien, die neu nach Deutschland gekommen sind und denen das System der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung noch fremd ist, Familien mit schlechten Deutschkenntnissen oder Verständnisproblemen der Abläufe von der Anmeldung bis zur Beantragung von Zuschüssen.

Pädagogisch begleitete Angebote in einem fest strukturierten Rahmen sollen den Start in die Kita erleichtern. Die Fachkräfte des Kita-Einstiegs beraten die Eltern und unterstützen bei Bedarf bei der Aufnahme in den Kindergarten.

Bisher wurden verschiedene Projekte vor Ort installiert, z. B. die Mutter-Kind-Gruppe in der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in der Dürnbachau. Durch enge Kooperation mit der nahegelegenen Kindertageseinrichtungen Heilig Geist wird die Eingewöhnung vorbereitet und begleitet.

Schwerpunkte und Bausteine

Ein Schwerpunkt des Bundesprogramms liegt in der Information und Aufklärung über das System der frühkindlichen Betreuung, Erziehung und Bildung. Hierzu finden in regelmäßigen Abständen Informationsveranstaltungen für alle interessierten Eltern in den Familienstützpunkten statt. Neben allgemeinen Informationen über den Kindergarten, wird das Elternportal der Stadt Würzburg näher erklärt. Hier können Eltern bei bis zu acht Kindertageseinrichtungen eine Betreuungsanfrage stellen.

Soll die Integration in die Kita gelingen, kommen dem Aufnahmegespräch und der Eingewöhnung in die Kindertageseinrichtung große Bedeutung zu. Sprachliche Barrieren jedoch sorgen häufig für Probleme. Im Rahmen des Bundesprogramms können die Kindertageseinrichtungen auf die Unterstützung von Übersetzern zählen. Diese übersetzen das Aufnahmegespräch, bei Entwicklungsge-

sprächen, erzieherischen Fragestellungen, Anträgen auf Kostenübernahme, etc. Anfordern können die Kitas die Übersetzer kostenlos bei der Stadt Würzburg, dank der Förderung über das Bundesprogramm. Vermittelt werden die Sprachmittler über das Projekt „Willkommen in Würzburg“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

Daneben finden regelmäßige Fachgespräche zur Vernetzung und zum fachlichen Austausch mit den pädagogischen Fachkräften der Kindertageseinrichtungen sowie Fortbildungsveranstaltungen zur interkulturellen Praxis in Kindertageseinrichtungen statt.

Neu: die Kita-App

Das neueste Projekt für den Kita-Einstieg ist die Kita App der Stadt Würzburg. Diese wurde gemeinsam mit Prof. Dr. Harald Wehnes, Institut für Informatik der Universität Würzburg, und Lorenz Pfeifer entwickelt und technisch umgesetzt. Die App beantwortet alle Fragen rund um das Thema Kindergarten in sieben verschiedenen Sprachen. Eltern können sich beispielsweise über die ersten Schritte in die Kita informieren. Eine Besonderheit der App ist die „Vorlesefunktion“. Die Kita-Informationen wurden in den sieben Landessprachen von Schülerinnen der Ursulinen-Schule Würzburg gesprochen und vom Bayerischen Rundfunk aufgenommen. Die aktuell enthaltenen Sprachen sind deutsch, englisch, französisch, russisch, arabisch, dari und türkisch. Darüber hinaus enthält die App eine Mitmachfunktion zur Qualitätssicherung und Weiterentwicklung.

Im Google Play Store kann die App unter dem Begriff „Kita Würzburg“ kostenlos auf das Handy geladen werden.

www.fruehe-chancen.de

Das geht auch spielerisch:

Integration fördern und Sprachkompetenz stärken

Förderprogramm für Kindertagesstätten, die Kinder von Flüchtlingen und Asylbewerbern betreuen

Sprache dominiert unser Leben – auch schon in frühen Jahren. Während der Zeit in Krippe und Kindergarten erweitern Kinder permanent ihren Wortschatz und ihre Sprachkompetenz. Dem Hören und Zuhören folgt über das Nachahmen das Sprechen, später das Lesen und Schreiben. Ein langer Prozess, aber auch hier gilt: Üben macht den Meister!

Die Sprachentwicklung steht in engem Zusammenhang mit Wahrnehmung, Bewegung, Denkfähigkeit und emotionalem Wohlbefinden. Dafür ergeben sich im Krippen- und Kita-Alltag vielfältige Möglichkeiten. Ob Morgenkreis, kreatives Arbeiten, gemeinsames Musizieren, Bewegungsangebote oder Ausflüge – immer ist die Sprache dabei und Gelegenheit, sie zu fördern.

Durch den aktuellen Flüchtlingszustrom nach Deutschland besuchen inzwischen auch viele anderssprachige Kinder die Krippen und Kindergärten. Sie werden mit der deutschen Sprache konfrontiert und müssen diese so schnell wie möglich erlernen. Keine leichte Aufgabe, denn eigentlich sind sie noch dabei, ihre Muttersprache zu vervollkommen. Andererseits fällt es Null- bis 6-Jährigen leicht, Neues zu lernen.

„Sprachkompetenz entschei-

det heute in hohem Maße über eine zufriedenstellende Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, über Schulerfolg und Berufschancen, aber auch über die Persönlichkeitsentwicklung und die Integration in das unmittelbare soziale Umfeld“, so Landrat Stefan Rößle.

Der Landkreis Donau-Ries erhielt für das Jahr 2018 im Rahmen des Förderprogramms „Bildung, Erziehung und Betreuung von Asylbewerber- und Flüchtlingskindern in Kitas“ des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales eine Zuwendung in Höhe von 22.800,-- Euro.

Theaterstücke zum Thema „Anderssein“

Die Mittel wurden verwendet, um in den Einrichtungen Theaterstücke zum Thema „Anderssein“ anzubieten, die die Kinder kostenfrei besuchen konnten. Neben der Zuwendung des Freistaats Bayern beteiligt sich der Landkreis an diesem Projekt mit 10 Prozent der Fördersumme.

Die Inhalte der ausgewählten Stücke bauen Vorurteile ab, fördern die Gemeinschaft, regen zum Sprechen an und verbessern damit die sprachlichen Fähigkeiten der Kinder, öffnen das Verständnis für ein „Anderssein“ und helfen, Erlebnisse zu verarbeiten.

Gabi Schiebel vom „Figurentheater Gukt“ und die Puppenspieler der „Ugglbühne“ zauberten die kleinen Gäste in die Welt des „Hasens mit der roten Nase“ und begleiteten „Uggl“ bei seinen Abenteuern in den Bergen. Mit einer klaren verständlichen Sprache, begleitet mit Musik, schafften es die beiden Theaterbühnen, die Kinder bis zum Schluss in der Spannung zu halten und zu faszinieren.

Nach dem glücklichen Ende durften die Kinder sich mit den Theaterspielern noch unterhalten, um so durch Fragen und Nacherzählen die Inhalte zu verarbeiten.

Neben der Finanzierung der Theateraufführungen konnten durch die Fördermittel an einige Einrichtungen digitale Medien, Bücher und Spielmaterialien übergeben werden.

Josef Daffner tödlich verunglückt

Niederviehbach trauert um seinen Bürgermeister. Am Nikolaustag kam Josef Daffner bei einem Frontalcrash ums Leben.

Während eines Überholmanövers kurz hinter Wörth an der Isar übersah er einen entgegenkommenden LKW. Der 60-Jährige erlag noch an der Unfallstelle seinen schweren Verletzungen.

Landrat Heinrich Trapp zeigte sich Medien gegenüber tief betroffen: „Josef Daffner war ein Mensch, den man einfach mögen muss, einer unserer dynamischsten Bürgermeister und ein absolut fairer Partner in der Kommunalpolitik. Unter seiner Führung hat sich die Gemeinde Niederviehbach sehr gut entwickelt, sei es in Bezug auf den Berufsschulstandort oder auch in Sachen Infrastruktur“. Eine Persönlichkeit wie Josef Daffner sei ein Glücksfall für die Region gewesen.

Bis zur Neuwahl führt sein Stellvertreter Johannes Birkner die Amtsgeschäfte.